PARTEITAG DER SP GRAUBÜNDEN 2025

PARTEITAGSHEFT

SAMSTAG, 26. APRIL
ARENA, KLOSTERS

SP PS

INHALT

1 PROGRAMM 1

2 JAHRESBERICHTE 3
2.1 Jahresbericht der JUSO 3
2.2 Jahresbericht der SP-Fraktion im Grossen Rat 5
2.3 Jahresbericht des Präsidiums 10

3 FINANZEN 12
3.1 Jahresrechnung/Bilanz 2024 12
3.2 Revisionsbericht 2024 14
3.3 Festsetzung Mitgliederbeitrag 15
3.4 Orientierung Budget 2025 16

4 MANDATSABGABENREGLEMENT 17

6 PARTEIPROGRAMM 19

7 NOMINIERUNG REGIERUNGSSRAT 20

1 PROGRAMM

Neumitglieder: **Ab 9.30 Uhr**
Eintreffen: **Ab 10.00 Uhr**
Beginn: **10:30 Uhr**

Traktandum 1: Begrüssung	
10:30 - 11:00	1.1 Begrüssung durch die Sektionspräsidentin – Monika Baumgartner 1.2 Rede der Parteipräsidentin – Julia Müller 1.3 Mitteilungen & Informationen zum Ablauf des Parteitages, Verabschiedung der Traktandenliste – Joshua Wada 1.4 Wahl der Stimmenzähler:innen – Joshua Wada
Traktandum 2: Jahresberichte	
11:00 - 11:15	2.1 Rede/Bericht der JUSO Graubünden – Andri Schwarz & Malina Liebsch 2.2 Fraktionsbericht – Beatrice Baselgia 2.3 Jahresbericht Präsidium/Sekretariat – Julia Müller & Joshua Wada 2.4 Genehmigung Jahresberichte
Traktandum 3: Finanzen	
11:15 - 11:30	3.1 Jahresrechnung/Bilanz 2024 – Gabriel Nyfeler 3.2 Revisionsbericht 2024 – Geschäftsprüfungskommission 3.3 Festsetzung Mitgliederbeitrag – Julia Müller 3.4 Orientierung Budget 2025 – Gabriel Nyfeler
Traktandum 4: Mandatsabgabenreglement	
11:30 - 11:50	4.1 Mandatsagabenreglement – Julia Müller
Traktandum 5: Ersatzwahlen Parteivorstandsmitglieder	
11:50 - 12:00	5.1 Ersatzwahl Parteivorstand – Joshua Wada
Mittagessen 12.00 – 13.30	
Traktandum 6: Parteiprogramm	
13:30 - 15:30	6.1 Diskussion Parteiprogramm – Julia Müller / Joshua Wada 6.2 Abnahme Parteiprogramm – Julia Müller

Traktandum 7: Nominierung Regierungsrat	
15:30 - 16:00	7.1 Rede Peter Peyer – Peter Peyer 7.2 Nomination der Kandidatur – Julia Müller
Traktandum 8: Varia	
16.00 - 16.30	8.1 Varia – Joshua Wada
Ab 16.30 Uhr – Apèro 18.00 Uhr Ende	

2 JAHRESBERICHTE

2.1 JAHRESBERICHT DER JUSO GRAUBÜNDEN

Liebe Genoss*innen

Das Vergangene war ein turbulentes Jahr. 2024 war geprägt von dem immer noch anhaltenden Krieg in der Ukraine, dem genozidalen Krieg in Gaza und so vielen weiteren schrecklichen Konflikten weltweit, den Realen Konsequenzen des Klimawandels, auch in der Schweiz, und dem Erstarken der Extremen Rechten mit Meloni, Weidel und schlussendlich die Wiederwahl Trumps, kurz gesagt, Schrecken, Skandal und Krise. Es war aber auch ein Jahr voll von gemeinsamem Engagement, Solidarität, zusammen Hässig sein, ja gemeinsamen Kampf für eine bessere Welt. So lief den globalen Krisen zum Trotz auch so einiges in der Schweiz und in Graubünden.

Die JUSO reichte im Februar des letzten Jahres mit der Initiative für eine Zukunft ihre vierte Nationale Initiative ein und ging so einen Schritt in Richtung mehr sozial gerechtem Klimaschutz. Die Ifez, ein Thema, das uns auch während des Rest des Jahres intensiv beschäftigen sollte.

In der ersten Hälfte des Jahres 2024 beschäftigte sich die JUSO Graubünden aber vor allem mit interner Bildung. So veranstalteten wir einen Anlass zum Rentensystem, besuchten die Überlebenshilfe Graubünden und setzten uns mit der offenen Drogenszene in Chur und der Geschichte der Drogenpolitik in der Schweiz auseinander, bereiteten uns mit einem queerfeministischen Workshop gemeinsam auf die Khur Pride vor. Auch planten wir einen Besuch bei unserer benachbarten Sektion der GISO Ticino und einen gemeinsamen Workshop zum Thema Antirassismus, der aber leider wortwörtlich ins Wasser fiel. So hinderten uns die realen Folgen des Klimawandels in Form von extremen Niederschlägen und Erdrutsch im Misox an der Anreise und der Anlass musste online stattfinden.

Natürlich waren wir auch dieses Jahr wieder gemeinsam mit Schaffhausen, Zürich und Luzern im Osterlager. Vier Tage gefüllt mit Workshops und Diskussionen gemeinsam mit Mitkämpfer*innen, Genoss*innen, Freund*innen. Es ist dieses Zusammenkommen, das unseren oft schwierigen und mühsamen Kampf am Leben erhält und Hoffnung spendet.

Wir waren am 1. Mai in Zürich auf der Strasse und am Fest in Chur, haben im Juni mit hunderten weiteren Menschen an der Khurpride Queerbünda gegründet und am 14. zum Feministischen Streik Benedikt Fontana einen Wischmop vorbeigebracht, um damit auf die ungleiche Verteilung von Care-Arbeit aufmerksam zu machen. Wir haben gemeinsam mit der GISO Ticino am Antiracup gegen Rassismus Fussball gespielt. Dann war es auch schon Zeit fürs Sommerlager der JUSO Schweiz, wo wiederum Platz war für Austausch, Bildung und auch ein bisschen Party.

Der Sommer war für uns politisch, aber insbesondere geprägt von der bereits dann gross anlaufenden Kampagne gegen die Initiative für eine Zukunft. So ziemlich jede Zeitung hat Artikel geschrieben und den ach so armen Superreichen Plattform gegeben um anzudrohen wegzuziehen, sollte die Initiative angenommen werden. Die intensive Berichterstattung hinterlässt den Eindruck, dass die Reichen wirklich Angst haben, endlich für ihre Emissionen zur Kasse gebeten zu werden.

Am Ende des Sommers folgte unsere jährliche Generalversammlung, diesmal drei Tage in Bergün. Dabei mussten wir Maurus nach 3 Jahren aus dem Präsidium verabschieden. Auch Mattia trat nach einem Jahr intensiver Vorstandsarbeit zurück. Neu mit Malina ins Präsidium gewählt wurde Andri. Barbara und Lilian vervollständigten den neuen Vorstand. Ebenfalls an dieser Generalversammlung verabschiedeten wir, wie an diesem Parteitag hoffentlich auch, ein neues Parteiprogramm.

Nach der GV galt es, sich Gedanken für die zweite Hälfte des Jahres zu machen. Wir verfolgten verschiedene Ideen und kamen nach vielen Diskussionen zu unserem aktuellen Projekt zu einem kantonalen Mindestlohn. An unserer Vollversammlung im November mussten wir Luki aus dem Vorstand verabschieden. Da wir leider keine Nachfolge finden konnten, standen wir so für einige Zeit mit einer Vakanz da. Auf die Vollversammlung folgte eine Demo zum Gerichtsprozess zu einem Fall sexualisierter Gewalt am Kantonsgericht, bei der auf die auch im Prozess präsenten patriarchalen Auswüchse des Systems aufmerksam gemacht wurde.

Das Jahr beendeten wir am 13.12. bei einem gemütlichen gemeinsamen Abendessen. 2025 startete für uns politisch mit einer Aktion zum Petitionsstart unserer Petition für einen kantonalen Mindestlohn. Es folgte die jährliche WEF-Demo in Davos. Denn auch dieses Jahr konnten wir das Feld nicht einfach den Reichen und Mächtigen überlassen, auch dieses Jahr waren wir viele und wir waren laut.
An unserer ersten Vollversammlung des Jahres 2025 wurde unser Vorstand mit der Wahl von Johannes wieder komplettiert.

An der Jahresversammlung der JUSO Schweiz wurde im Februar unsere ehemalige Präsidentin Rosa nach langjähriger Arbeit aus ihrem Amt als Zentralsekretärin verabschiedet. Graubünden bleibt aber auf Bundesebene vertreten, denn an derselben Versammlung wurde Maurus in die Geschäftsleitung gewählt und hält dort jetzt für Graubünden die Stellung.

Auch im Jahr 2025 beschäftigte uns die Initiative für eine Zukunft bereits. Sie wurde in der Nationalratskommission und auch im Nationalrat diskutiert und schließlich, wie vom bürgerlichen Parlament zu erwarten, abgelehnt. Die Ifez wird uns auch für den Rest des Jahres intensiv begleiten, durch Diskussionen, Debatten und schlussendlich den Abstimmungskampf.

2024/25 war intensiv, wir haben viel organisiert, geplant, diskutiert und debattiert, innerhalb des Vorstands, der Partei und teilweise auch über die Parteigrenzen hinaus. All das ist nur möglich durch die tollen motivierten, engagierten, kämpferischen Genoss*innen in der JUSO, der SP, der Basis oder dem Vorstand. Danke euch allen! All das ist nur gemeinsam möglich. Kämpfen wir also auch 2025 gemeinsam für ein besseres Graubünden und für mehr Sozialismus in allen Tälern.

Venceremos!

2.2 JAHRESBERICHT 2024 DER SP-FRAKTION IM GROSSEN RAT

Nichts leichter momentan, als zu verzweifeln. Die demokratischen Kräfte sind in der Defensive, die autoritären auf dem Vormarsch. Vielleicht sollten wir alle die Demokratie wieder klarer als ein Projekt im Werden begreifen. Demokratie war immer unendlich viel mehr als das Prinzip „Volk wählt nach dem Mehrheitsprinzip". Ihre Basis ist ein Gleichheits-, Freiheits- und Gerechtigkeitsversprechen, das zwar noch nie ganz verwirklicht wurde, aber der Treiber aller grossen politischen Errungenschaften war.
Demokratie braucht Hoffnung, weil sie „work in progress" ist – mit der Betonung auf „work". Das hat etwas. Denn Hoffnung ist nicht die Überzeugung, dass es gut kommt. Sondern die Klarheit zu sehen, wofür es sich zu kämpfen lohnt. (gekürzte Aussage aus der Republik, Daniel Graf, 20.02.2025).

Und mit diesem Verständnis von Hoffnung kämpfen wir hier in Graubünden mit unserer politischen Arbeit für mehr Demokratie, für mehr Gleichheit, Freiheit und Gerechtigkeit.

Zur Fraktion

Die Hälfte der Legislatur ist bereits vorbei und die Fraktion ist auf dem Weg zu einem schlagkräftigen Team einen grossen Schritt vorwärts gekommen.
Im Februar 2024 wurden alle Fraktionsmitglieder zu ihren persönlichen Interessen und Ressourcen befragt: Z.B.

- Bist du bereit das Fraktionspräsidium oder eine andere Funktion innerhalb der Fraktion zu übernehmen?
- Welche Kommission würde dich interessieren?
- Bei welchen Themen könntest du mehr Verantwortung übernehmen?

Der Fraktionsvorstand hat Arbeitshilfen zur Vorbereitung von Kommissionssitzungen und -berichten erarbeitet; sowie die systematische Prioritätenfestlegung der zu behandelnden Geschäfte im Grossen Rat eingeführt. Im November 2024 wurde das überarbeitete Fraktionsreglement verabschiedet und damit der Fraktionsvorstand definitiv etabliert.

Unterdessen sind auch die Grossrät:innen, welche die erste Legislatur bestreiten, aktiv dabei in den Fraktionssitzungen, Kommissionen und im Grossen Rat. Tolle, überzeugende Wortmeldungen waren 2024 von ganz verschiedenen Fraktionsmitgliedern zu hören. Das ist wichtig! Mussten wir doch mit Andri Perl im Frühjahr 2024 einen begnadeten Redner auf Weltreise ziehen lassen. Im Dezember 2024 hat sich „Bäba" Bleuler entschieden, ihren Platz im Grossen Rat für den Stellvertreter zu räumen. Den beiden Fraktionskolleg:innen danken wir von Herzen – wir vermissen euch! Mit Paco Pajic und Daniel Schläpfer dürfen wir auf zwei neue, ebenso engagierte Fraktionsmitglieder zählen.
Überzeugende Wortmeldungen waren aber nicht nur von unseren Grossrät:innen zu hören, überzeugend, selbstkritisch, witzig und transparent argumentierte auch immer wieder unser Regierungsrat Peter Peyer – darauf sind wir stolz.
Und mit Silvia Hofmann konnten wir im August 2024 eine SP-Frau zu unserer Standespräsidentin wählen. Ihre Eröffnungsansprachen zu Sessionsbeginn waren immer tiefgründig und mutig und die Ratsleitung äusserst kompetent.

Sessionen 2024

Insgesamt tagte der Grosse Rat im Jahr 2024 an 18 Tagen und behandelte unter anderen folgende Geschäfte:

- **Regierungsprogramm 2025-2028:** Das Programm zeugt von einer chancenorientierten, positiven Haltung. Es geht aktiv, proaktiv auf Herausforderungen ein und formuliert entsprechende Massnahmen und Entwicklungsschwerpunkte.
- **Vereidigung des Obergerichts:** Bei der Vereidigung der Oberrichter:innen zeigte sich ein ungewohntes, tolles Bild – acht von vierzehn Mitgliedern des Obergerichts sind in der Amtsperiode 2025-2028 Frauen. Dazu hat auch die SP beigetragen: zwei von drei Sitzen der SP sind mit Frauen besetzt.
- **Teilrevision des Gesetzes über die Förderung der Krankenpflege und der Betreuung von betagten und pflegebedürftigen Personen:** Mit dieser Teilrevision sind in GR die Beiträge an die Höheren Fachschulen (HF) für die Förderung der Ausbildung, die Gewährung von Ausbildungsbeiträgen gemäss Pflegeinitiative an „Studierende Pflege" und die Beiträge des Kantons an die Ausbildungskosten der Leistungserbringenden geregelt worden.

- **Jahresrechnung 2023:** Mit einem Ertragsüberschuss von 162 Mio. Franken schloss die Kantonsrechnung einmal mehr deutlich über Budget ab. Dazu meinte Lukas Horrer: Vieles wird immer wieder in Frage gestellt, Ukrainekrieg, eine Jahrhundertpandemie, aber eine Gewissheit, auf die ist Verlass: Der Kanton Graubünden budgetiert rot und schreibt dann schwarz. Die SP-Fraktion verlangte deshalb eine Investitionsoffensive und die Stärkung der Kaufkraft durch Steuersenkung bei kleinen und mittleren Einkommen. Wir werden uns für diese Anliegen einsetzen.

- **Teilrevision des Gesetzes über Hochschulen und Forschung:** Die Teilrevision beabsichtigte den Gestaltungs- und Entscheidungsspielraum der beiden Bündner Hochschulen betreffend ihr Portfolio zu erweitern. Während sich die PHGR auf Bachelor- und Masterstudiengänge in der Lehrkräfteausbildung fokussiert, liegen bei der FHGR die Schwerpunkte weiterhin in Technik und Wirtschaft. Neu sollen jedoch neben Bachelor- und Masterstudiengängen in diesen beiden Schwerpunkten auch Studiengänge aus thematisch anderen Fachbereichen, wie beispielsweise ein Studiengang in «Pflege Fachhochschule», an der FHGR ermöglicht werden. Der Teilrevision wurde ohne Gegenstimme zugestimmt.

- **Zusatzkredit zum Verpflichtungskredit für die Etappe I des Aktionsplans „Green Deal“:** Da der im Jahr 2021 gesprochene Kredit von 67 Mio. Franken bereits ein Jahr vor Ende der Planungsperiode aufgebraucht war, beantragte die Regierung einen Zusatzkredit von 20 Mio. Franken. Philipp Wilhelm legte sich als Kommissionspräsident mächtig ins Zeug für diese Zusatzfinanzierung, welche schlussendlich mit 87 zu 23 Stimmen gegen den Widerstand der SVP angenommen wurde.

- **Teilrevision des Gesetzes über die Unterstützung Bedürftiger - Schweizerinnen und Schweizer mit fahrender Lebensweise:** Um langfristig ein Angebot an Durchgangs- und Standplätzen für Schweizer:innen mit fahrender Lebensweise sicherzustellen, schlug die Regierung eine solidarische Kostenverteilung der Unterstützungsleistungen für Schweizer:innen mit fahrender Lebensweise auf alle Gemeinden vor. Die SVP setzte sich vehement dafür ein, dass diese Kosten bei den Gemeinden bleiben, welche einen Standplatz zur Verfügung stellen. Wir (und auch andere) hatten Bedenken, dass Gemeinden keine Standplätze mehr zur Verfügung stellen, wenn sie auf allfälligen Unterstützungskosten sitzen bleiben. Statt die Kosten bei der einzelnen Gemeinde zu belassen resp. solidarisch auf die Gemeinden zu verteilen, entschied der Grosse Rat mit 87 zu 26 Stimmen, die Kosten dem Kanton zu überbinden.

- **Teilrevision des Gesetzes über die Unterstützung Bedürftiger - Rückerstattung von sozialhilferechtlichen Unterstützungsleistungen:** Der Grosse Rat beauftragte die Regierung im Oktober 2021, eine Botschaft für die Aufhebung der Rückerstattungspflicht für junge Erwachsene während der Erstausbildung vorzulegen. Renate Rutishauser hat sich in der Kommission und im Grossen Rat engagiert (leider ohne Erfolg) mit weitergehenden Vorschlägen eingebracht. Die Teilrevision wurde in der Schlussabstimmung dann ohne Gegenstimme verabschiedet.

- **Kulturförderungskonzept Graubünden 2025–2028:** Die Erarbeitung des zweiten KFK durch das Amt für Kultur wurde als durchwegs positiv beurteilt. Insbesondere der partizipative Prozess bei der Erarbeitung wurde gewürdigt, ebenso wie die gute Übersicht über die Evaluation der Umsetzung des KFK 2021– 2024. Die einzelnen Förderschwerpunkte bleiben im Wesentlichen erhalten und erfahren lediglich einige Ergänzungen bzw. Präzisierungen. Der Grosse Rat stimmte dem KFK mit 109 zu 2 Stimmen zu.

  Allerdings lancierte die SVP (Reto Rauch) im Dezember 2024 bei der Budgetdebatte einen Antrag, um die ins ordentliche Budget überführten, zusätzlichen Fr. 600‘000 im Bereich Kulturförderung wieder zu streichen. Unsere Kommissionsmitglieder, Nora Kaiser und Lukas Bardill, haben sich gemeinsam mit Mitte-Vertretern erfolgreich dagegen gewehrt. Der Streichungsantrag wurde schlussendlich mit 82 zu 31 Stimmen abgelehnt.

- **Umsetzung der OECD-Mindeststeuer im Kanton Graubünden - Teilrevision des Steuergesetzes für den Kanton Graubünden und Teilrevision des Gesetzes über die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung in Graubünden:** Für international tätige Unternehmen mit einem Jahresumsatz von mindestens 750 Mio. Euro beträgt die Steuerbelastung seit dem 1. Januar 2024 mindestens 15 % (Bund, Kantone und Gemeinden). Diese Mindestbesteuerung stellt der Bund mittels einer Ergänzungssteuer sicher. Der Kanton möchte seine Mehreinnahmen aus der Ergänzungssteuer mittels Steuergutschriften an die steuerpflichtigen Firmen zurückgeben und zwar aufgrund der Aspekte „Wertschöpfung“, „Forschung und Entwicklung“ und „Klima“. Die SP Fraktion kritisierte, dass der Aspekt „Klima“ zu wenig stark gewichtet wurde. Deshalb unterstützten wir zwar die Revision des Steuergesetzes; mehrheitlich aber waren wir mit der Revision des Wirtschaftsentwicklungsgesetzes nicht einverstanden. Beide Teilrevisionen wurden vom Grossen Rat gutgeheissen.

- **Teilrevision des Gesetzes für die Volksschulen des Kantons Graubünden (Schulgesetz):**

  Schwerpunkte der Teilrevision waren:

  – den Schulträgerschaften bei der Umsetzung der sonderpädagogischen Massnahmen im niederschwelligen Bereich mehr Handlungsspielraum zu gewähren (Abschaffung des Integrationsvorrangs im niederschwelligen Bereich und Ermöglichung von separativen Lösungen wie z.B. Einführungsklassen);

  – die Arbeits- und Anstellungsbedingungen der Lehrpersonen zu verbessern und den Ostschweizer Kantonen anzugleichen (Erhöhung der Mindestbesoldung und Gewährung der Altersentlastung auch für Teilzeitanstellungen);

  – den Kindergarten den anderen Stufen der Volksschule anzugleichen (Besuchsobligatorium, Verbesserung der Anstellungsbedingungen und der organisatorischen Rahmenbedingungen)

  Die SP-Fraktion (mit den beiden engagierten Kommissionsmitgliedern Nora Kaiser und Silvio Dietrich) wehrte sich gegen den Rückschritt zu einer separativen Volksschule. Bei den Einführungsklassen mit Erfolg; diese wurden mit einer Stimme Unterschied nicht wieder ins Gesetz aufgenommen. Leider aber traf der Grosse Rat den absurden Entscheid, dass Separation im niederschwelligen Bereich durch Entscheid der Schulträgerschaft wieder möglich wird. (Im hochschwelligen Bereich gilt aufgrund der übergeordneten Gesetzgebung weiterhin der Integrationsvorrang!)

  Die Mindestbesoldung wurde auf das Machbare angepasst, was insbesondere auch auf der Kindergartenstufe dringend angezeigt war. Bei der Altersentlastung setzte sich ein Kompromiss durch: Diese wird erst ab einem Pensum von 65% gewährt.

  Das Kindergartenobligatorium wurde trotz Widerstand der SVP gutgeheissen.

  Der Grosse Rat stimmte der Teilrevision mit 89 zu 14 Stimmen zu.

Aufträge der SP-Fraktion

- **Degiacomi betreffend Betriebs- und Baubeiträge für Mensen in Berufsfachschulen:** Patrik Degiacomi beantragte, die Praxis und allenfalls die Ausführungsgesetzgebung anzupassen, damit Beiträge an Bau, Einrichtung und Betrieb von Mensen oder ähnlichen Verpflegungsangeboten in Schulen der Berufsbildung, in weiterführenden Bildungsangeboten und an Hochschulen gleichermassen gesprochen werden. Die Regierung beantragte den Auftrag abzulehnen. Patrik entschied, den Auftrag zurück zu ziehen.

- **Gredig betreffend Massnahmen zur Koexistenz zwischen Mensch und Wolf in Graubünden:** Simon Gredig forderte, in einem dienststellen- und departementsübergreifenden Bericht Massnahmen für das Zusammenleben zwischen Mensch und Wolf zu prüfen, zu bewerten und ihre Umsetzbarkeit für Graubünden zu beurteilen. Der Grosse Rat lehnte den Auftrag mit 34 zu 76 Stimmen ab.

- **Rutishauser betr. intermediäre Strukturen in der Alterspflege und –betreuung:** Aufgrund der vorhandenen Datengrundlage soll die Regierung die für Graubünden künftig notwendigen Versorgungsstrukturen aufzuzeigen. Gleichzeitig soll dargelegt werden, wie dem Bedarf an intermediären Angeboten entsprochen werden und wie deren Finanzierung aussehen kann. Die Regierung beantragte den Auftrag zu überweisen, was der Rat mit 108 zu 0 Stimmen befolgte.

- **Fraktionsauftrag betreffend Einführung einer Formularpflicht gemäss Art. 270 Abs. 2 OR:** Die SP-Fraktion beantragte, dass die Regierung aufgrund der tiefen Leerwohnungsziffer eine Formularpflicht einführen soll. Der Widerstand der Bürgerlichen war riesig und wir wohl ungenügend gewappnet. Der Grosse Rat lehnte den Auftrag auf Empfehlung der Regierung deutlich ab.

- **Bachmann betreffend Vorkaufsrecht zugunsten der Gemeinden von nichtlandwirtschaftlichen Liegenschaften:** Die Unterzeichnenden haben die Regierung aufgefordert, die erforderliche gesetzliche Grundlage zu schaffen, die den Gemeinden erlaubt, zur Förderung oder Erhaltung von gemeinnützigem oder preisgünstigem Wohnraum ein gesetzliches Vorkaufsrecht zugunsten der Gemeinde vorzusehen. Der Auftrag wurde auf Antrag der Regierung mit 26 zu 79 Stimmen abgelehnt.

- **Degiacomi betreffend Förderinstrumente für fusionswillige Gemeinden:** Die Regierung wurde beauftragt, die Förderinstrumente für fusionswillige Gemeinden in der eigenen Kompetenz anzupassen oder bei Bedarf gesetzgeberisch vorzuschlagen. Bezweckt wird, dass Hindernisse für fusionswillige Gemeinden ausgeräumt werden, damit die Ziele der Strukturreform in einem angemessenen Zeithorizont erreicht werden können. Der Auftrag wurde zwar mit 115 Stimmen überwiesen, aber auf Antrag der Regierung, gegen den Willen der SP-Fraktion, mit 77 zu 39 Stimmen direkt als erledigt abgeschrieben.

- **Müller betreffend Unterstützung von Zweit- und Weiterbildungen:** Julia Müller beauftragte die Regierung, das Recht auf Stipendien in einem angemessenen Mass auf Aus-, Zweit- und Weiterbildungen für Erwachsene auszuweiten. Der Auftrag wurde mit 95 zu 11 Stimmen überwiesen, was ein toller Erfolg war.

- **Mazzetta betreffend Schutzzonen für eine kontrollierte Paarung bei der Honigbiene:** Die Regierung schlug eine Abänderung vor, nämlich den vorliegenden Auftrag betreffend den gesetzlich verbindlichen Schutz der Bienenbelegstellen abzulehnen und betreffend die Aufnahme der Schutzzonen ins GIS zu überweisen. Die SP war mit der Abänderung des Auftrages nicht einverstanden. Der Grosse Rat (inkl. SP) hat den Auftrag dann aber im Sinne der Regierung überwiesen.

- **Mazzetta betreffend Solaroffensive an kantonalen Strasseninfrastrukturen:** Die Regierung beantragte, nach der Ermittlung der potenziellen Standorte für die Errichtung von PV-Anlagen an Strasseninfrastrukturanlagen ein geeignetes Verfahren zur Förderung der Nutzung durch institutionelle Unternehmen zu evaluieren und durchzuführen. Anita Mazzetta war mit diesem Vorschlag der Regierung einverstanden. Der Auftrag erhielt 108 Ja-Stimmen.

- **Wilhelm betreffend Finanzierung der Bündner Spitäler zwecks Sicherung einer dezentralen Gesundheitsversorgung:** Die Regierung wurde beauftragt, mit hoher zeitlicher Priorität die (gesetzlichen) Grundlagen zur Finanzierung der Spitäler im Kanton Graubünden so anzupassen, dass eine gut funktionierende, dezentrale Gesundheitsversorgung auch in Zukunft gewährleistet ist. Nach einer sehr ausführlichen, konstruktiven Diskussion wurde der Auftrag mit 106 Ja-Stimmen überwiesen.

- **Bardill betreffend unabhängige Ombudsstelle für Konflikte zwischen Privatpersonen und Behörden:** Die Regierung schwächte den Auftrag ab, war aber bereit verschiedene Varianten für eine solche Ombudsstelle zu prüfen. Mit 47 zu 40 Stimmen wurde der abgeänderte Auftrag gutgeheissen.

Anfragen der SP-Fraktion

- Mazzetta betr. Einführung eines „Klimachecks“ als Entscheidungskriterium
- Preisig betreffend Wohnraumbörse
- Bardill betreffend unabhängige Meldestelle für Konflikte zwischen Privatpersonen und Behörden
- Mazzetta betreffend Altlast „Rusna da Furns“ auf dem Areal der Ems Chemie
- Bisculm Jörg betreffend Schliessung der Long-Covid-Sprechstunde im Kantonsspital Chur
- Atanes betreffend Plattform innolab.graubünden.ch
- Gredig betreffend Bedeutung des Urteils des EGMR zur Klage der Klimaseniorinnen für GR
- Nicolay betreffend First Responder im Kanton Graubünden
- Casale betreffend Bildung eines Fonds für die geschichtliche Aufarbeitung kritischer Geschehnisse in den Bündner Regionen/Talschaften
- Cahenzli-Philipp (Untervaz) betreffend Betreuungsplätze in Pflegefamilien
- Bischof betreffend Sicherstellung zeitnaher Erreichbarkeit von Gebäreinrichtungen in Graubünden

Anträge auf Direktbeschluss der SP-Fraktion

- **Bachmann betreffend Erstellung eines audiovisuellen Archivs der Debatten des Grossen Rats GR:** Mit diesem Auftrag soll die politische Arbeit im Grossen Rat transparenter gemacht werden. Heute können die Debatten live im Rat oder im Internet verfolgt werden. Neu sollen diese zeitversetzt und gezielt abrufbar sein, da ja nicht alle Interessierten den ganzen Tag Zeit haben, am Bildschirm zu sitzen. Ein wichtiges Anliegen für die politische Teilhabe in allen Teilen des Kantons. Der Antrag wurde sehr deutlich für erheblich erklärt. Die Präsident:innenkonferenz wird eine gesetzliche Grundlage erarbeiten und dem Grossen Rat zum definitiven Entscheid vorlegen.

- **Degiacomi betreffend Verabschiedung von Ratsmitgliedern:** Nach Zusicherung der Präsident:innenkonferenz das Thema zu regeln, zog Patrik Degiacomi den Antrag zurück.

Als Fraktionspräsidentin meine ich: die Fraktionsarbeit war auch 2024 engagiert, konstruktiv und erfolgreich. Dafür möchte ich mich von Herzen bei allen Fraktionsmitgliedern bedanken.

Und KI meint: „Ein Team ist mehr als die Summe der Mitglieder! Jedes Fraktionsmitglied bringt seine eigenen Stärken und Ideen mit, aber es sind die Verbindung und das Miteinander, die wirklich zählen. Wenn Menschen zusammenarbeiten, entstehen Freundschaften, Vertrauen und eine besondere Energie, die es ermöglicht, Herausforderungen gemeinsam zu meistern. Ein gutes Team unterstützt sich gegenseitig, inspiriert sich und erreicht zusammen mehr, als jede:r Einzelne es allein könnte. Es geht darum, gemeinsam zu wachsen und Erfolge zu feiern."

Wir bleiben dran – wir sind „work in progress"!

Februar 2025; Beatrice Baselgia, Fraktionspräsidentin

2.3 JAHRESBERICHT DES PRÄSIDIUMS 2024

Liebe Genoss:innen

Das politische Jahr 2024 ist geprägt von den kommunalen Wahlen. Wir können uns freuen und stolz sein, wie stark unsere Sektionen ihre lokalen Wahlen bestreiten. Weiter dürfen wir diverse nationalen Abstimmungskämpfe begleiten und dabei wichtige Erfolge feiern. Die Partei kann 2024 auf zahlreiche engagierte Mitglieder und starke Strukturen zählen.

Parteitag
Der ordentliche Parteitag 2024 findet am 17. Februar im Marsöl in Chur statt. Ein zentrales Traktandum ist die Wahl des neuen Parteipräsidiums, da Andri Perl nicht mehr zur Wiederwahl antritt. Die Partei dankt ihm herzlich für sein langjähriges Engagement. Mit grossem Dank verabschiedet die Partei Sandra Locher-Benguerel und würdigt ihre engagierte Arbeit als Nationalrätin in den vergangenen vier Jahren.

Zur neuen Präsidentin der SP Graubünden wird die bisherige Vizepräsidentin Julia Müller gewählt, während Lukas Horrer das Amt des Vizepräsidenten übernimmt. Auch in der Geschäftsleitung gibt es personelle Veränderungen: Neu gewählt werden Seraina Schutz, Davide Vassella und Lorenzo Baldassarre. Zudem wird der Parteivorstand, bestehend aus 50 Mitgliedern, erneuert.

Der Parteitag wirft einen Blick auf die bevorstehenden Wahlen auf kommunaler Ebene und diskutiert mit Vertreter:innen aus Gemeindeexekutiven und -legislativen über die zentrale Frage: „Was kann linke Politik in den Gemeinden bewirken?“

Kommunale Wahlen

Landquart
Am 3. März wird Andreas Thöny mit einem klaren Ergebnis zum Gemeindepräsidenten von Landquart gewählt und setzt sich damit gegen die Kandidatur der SVP durch.

Am 22. September finden die Wahlen für den Gemeindevorstand statt. Da die Exekutive im Proporzsystem gewählt wird, tritt die SP mit einer starken und vielseitigen Liste an: Neben der bisherigen Helena Coiro Schwarz kandidieren Dominik Zindel, Michèle Riser-Benz, Michael Pilman, Nico Egli und Marianne Burri. Helena Coiro Schwarz kann ihren Sitz für die SP erfolgreich verteidigen.

Chur
Am 9. Juni finden in Chur die Wahlen für den Stadt- und Gemeinderat statt. Die SP Chur setzt auf eine Frauenmehrheit und gesellschaftliche Vielfalt auf ihrer Liste und nominiert den bisherigen Stadtrat Patrik Degiacomi als Kandidaten für das Stadtpräsidium.

Trotz einem engagierten Wahlkampf verliert die SP Chur einen Sitz im Gemeinderat . Patrik Degiacomi wird mit dem besten Ergebnis erneut in den Stadtrat gewählt, muss für das Stadtpräsidium jedoch in einen zweiten Wahlgang. Dieser findet am 30. Juni statt, in dem er sich nur knapp nicht gegen seinen FDP-Kontrahenten durchsetzen kann. Erfreulich ist die Wahl von Simon Gredig (Grüne), wodurch der Stadtrat nun von einer rot-grünen Mehrheit geprägt wird.

Davos
Am 7. April stellt sich der bisherige Landammann Philipp Wilhelm erneut zur Wahl in Davos. Trotz Gegenkandidatur wird Philipp Wilhelm mit einem Glanzresultat von beinahe 80 % der Stimmen für eine weitere Legislaturperiode bestätigt.

Am 22. September 2024 finden die Wahlen für den Kleinen und Grossen Landrat von Davos statt. Die SP Davos kann in allen Gremien ihre Sitze verteidigen oder sogar ausbauen. Als Nachfolgerin von Stefan Walser im Kleinen Landrat setzt sich Claudia Bieler erfolgreich durch. Im Grossen Landrat gelingt der SP sogar ein Sitzgewinn: Neben den drei bisherigen Landrätinnen Ladina Alioth, Rita Gianelli und Linda Zaugg wird Joshua Wada neu ins Gemeindeparlament gewählt.

Domat/Ems
Am 9. Juni stellt sich Silvia Bisculm erneut zur Wiederwahl als Gemeindevorständin von Domat/Ems. Mit dem zweitbesten Resultat aller Kandidierenden verteidigt sie ihren Sitz problemlos.
Am 24. November kann die SP erfolgreich ihre Sitze im Gemeinderat verteidigen. Mit Luna Weggler, Martijn van Kleef, Hanna Schäublin und Kathrin Pfister-Steeb wurden alle bisherigen Vertreter:innen der SP glanzvoll wiedergewählt.

Auch andere kommunale und regionale Wahlen finden im Jahr 2024 statt. Allen Engagierten und insbesondere den Kandidierenden sei an dieser Stelle ganz herzlich gedankt. Die SP-Sektionen im Kanton bleiben weiterhin aktiv und engagiert. Besonders hervorzuheben ist der Einsatz, der bereits für die kantonalen Wahlen 2026 geleistet wird.

Abstimmungen
Im Berichtsjahr finden diverse nationale und keine kantonalen Abstimmungen statt. Am 3. März freut sich die SP Graubünden besonders über die Einführung der 13. AHV-Rente, die auch im Kanton Graubünden deutlich angenommen wird. Auch die nationalen Abstimmungen vom 9. Juni geben Anlass zum Feiern. Das klare Ja zum Stromversorgungsgesetz ist ein wichtiger Sieg für mehr Klimaschutz und Stromversorgungssicherheit. Gleichentags ist die Ablehnung der der SP eine grosse Enttäuschung. Den explodierenden Prämien und damit dem Kaufkraftverlust kann so weiterhin nicht entgegengewirkt werden. Am 9. September feiern wir einen erneuten Sieg in der Rentenpolitik. Die BVG-Reform, die einen Rentenabbau mit sich gebracht hätte, wird klar vom Schweizer Stimmvolk abgelehnt. Daneben wird die Biodiversitätsinitiative abgelehnt, die ein wichtiges Zeichen für mehr Schutz und Vielfalt gewesen wäre. Letztlich kann auch der 24. November gefeiert werden. Die Bevölkerung lehnt einen massiven Autobahnausbau ab und wehrt sich gegen Verschlechterungen im Mietrecht.

Vernehmlassungen
Im Berichtsjahr beteiligen wir uns an diversen Vernehmlassungen. Ein besonderer Dank gebührt dabei den Fachkommissionen, die gewissenhaft und sorgfältig die Vernehmlassungsunterlagen studieren und der GL einen Vernehmlassungsentwurf unterbreiten. Neben vielen weiteren Vernehmlassungen lassen wir uns insbesondere zur Schaffung einer Spezialfinanzierung zugunsten des Klimaschutzes, zur Totalrevision des kantonalen Datenschutzgesetzes und zum Erlass eines Gesetzes zur Förderung von bezahlbarem Wohnraum vernehmen. Alle Vernehmlassungsantworten **können auf unserer Webseite eingesehen werden:** https://sp-gr.ch/vernehmlassungen/.

Medien und Concret
Die Medienmitteilungen der SP Graubünden **können auf der Website** https://sp-gr.ch/aktuelles/ eingesehen werden. 2024 kommunizieren wir Parolen, Positionsbezüge zur tagespolitischen Aktualität und Fraktionsmitteilungen. Zudem pflegen wir die Präsenz auf Social Media, insbesondere Facebook und Instagram. Besonders hervorzuheben ist unsere neue Webseite, die nun einheitlich mit der SP Schweiz daherkommt. Ebenfalls neu sind wir auf Wikipedia vertreten, dank unserem engagierten Mitglied und historischen Gedächtnis unserer Partei, Martin Jäger. Das Concret erscheint 2024 mit vier Ausgaben und erfreut sich ungebrochener Beliebtheit.

Gremien
In der GL nehmen neu Seraina Schutz, Davide Vassella und Lorenzo Baldassarre Einsitz. Neben der GL trifft sich ab dem Herbst vor allem der Wahlausschuss für die kantonalen Wahlen 2026 regelmässig. Erwähnenswert ist das von der Geschäftsleitung am 28. und 29. September abgehaltene Strategiewochenende in Churwalden. Diskutiert werden Ziele und Projekte für die nächsten fünf Jahre der Kantonalpartei.

Der Parteivorstand hat sich 2024 zu insgesamt fünf Sitzungen getroffen. Neben diversen Parolenfassungen hat sich der PV mit den kantonalen Wahlen 2026 beschäftigt, eine spannende Diskussion mit Roger Nordmann zur Schweizer Energiepolitik geführt und über ein neues Initiativprojekt gesprochen. Ein Highlight ist das Parteivorstandswochenende vom 23. und 24. November in Bever. Neben der Jahres- und Finanzplanung besuchen wir den Flughafen Samedan und lassen uns über die aktuellen Herausforderungen in der Region unterrichten. Weiter findet ein Podium mit drei Gemeindepräsidentinnen, Selina Nicolay, Nora Saratz und Barbara Aeschbacher, statt, die uns von ihrer Arbeit erzählen und auch über ihre Rolle als Frauen in der Politik sprechen.

Reger Austausch findet auch im Berichtsjahr im Kreis der Sektionskonferenz statt. Diese halten wir immer digital ab. Die Fachkommissionen funktionieren gut. Sie halten mindestens eine Sitzung pro Jahr ab und unterstützen die GL bei Vernehmlassungen oder komplexen Vorlagen im Grossen Rat.

Mitgliederentwicklung
Ende Dezember 2024 steht die SP Graubünden bei 776 Mitgliedern. Im Vergleich zum selben Monat 2023 entspricht das einem Minus von 6 Mitgliedern. Dieser Rückgang ist einer Bereinigung der Mitgliederliste geschuldet. Regelmässig nichtzahlende Mitglieder wurden vor Jahresende aus der Liste gestrichen. Nicht bezahlte Mitgliederbeiträge müssen von den Sektionen und der Kantonalpartei finanziell ausgeglichen werden. Einen grossen Mitgliederzuwachs gab es nach der Wahl von US-Präsident Trump, was die SP Graubünden Ende November 2024 zwischenzeitlich auf 826 Mitglieder bringt.

Mit herzlichen und solidarischen Grüssen
Julia Müller

3 FINANZEN

3.1 Jahresrechnung/Bilanz 2024

ERFOLGSRECHNUNG

ERTRAG

	2024	Budget 2024
Mitgliederbeiträge	64’244.00	60’000.00
Mandatsbeiträge	49’000.20	49’000.00
Parteiausgleichsbeiträge	80’210.20	68’000.00
Beiträge SPS	1’624.90	4’000.00
Concret Abobeiträge	11’410.00	10’000.00
Concret Inserat	300.00	800.00
Entschädigung Fraktion für Sekretariat	12’000.00	12’000.00
Spenden Allgemein	945.68	500.00
Gewinn/Verlust		
TOTALSUMME ERTRAG	**219’734.98**	**204’300.00**
Verlust		

AUFWAND

	2024	Budget 2024
Löhne	62’520.00	63’000.00
Spesen	10’208.10	10’000.00
Sozialleistungen	13’908.40	11’000.00
Verwaltungsaufwand	1’758.14	5’000.00
Internet-Auftritt	592.42	2’500.00
Büromiete inkl. Nebenkosten	7’196.15	7’200.00
Diverser Aufwand	374.83	1’500.00
Mitgliederbeiträge an SPS	45’711.30	43’000.00
Beitrag Juso	1’000.00	1’000.00
Concret	11’989.55	15’000.00
Parteitage, PV, GL	5’927.05	6’000.00
Anlässe	2’288.50	2’000.00
Abstimmungen/Kampagnen	6’500.00	10’000.00
Rückstellungen Wahlen	20’000.00	20’000.00
TOTALSUMME AUFWAND	**189’974.44**	**197’200.00**
Gewinn	**29’760.54**	**7’100.00**

BILANZ

AKTIVA

	31.12.2024
PC-Konto 70-885-5	130’826.92
SP-N PC-Konto 90-147531-1	24’430.79
GKB CD 289.950.700	37’164.13
Transitorische Aktiven	641.35
TOTALSUMME AKTIVA	**193’063.19**

PASSIVA

	31.12.2024
Kreditoren	2’351.50
RS Wahlen	20’000.00
RS Bildungsanlässe	2’200.00
Eigenkapital	138’751.15
Gewinn	29’760.54
TOTALSUMME PASSIVA	**193’063.19**

3.2 Revisionsbericht 2024

SP Graubünden
Jahresrechnung 2024 und Bilanz per 31.12.2024

Bericht der Revisionsstelle

An die Mitgliederversammlung der SP Graubünden

Als Ihre Revisionsstelle haben wir die Buchhaltung und die Jahresrechnung (Bilanz und Erfolsrechnung) der SP Graubünden für das am 31.12.2024 abgeschlossene Geschäftsjahr geprüft.

Für die Jahresrechnung ist der Parteivorstand verantwortlich, während unsere Aufgabe darin besteht, diese zu prüfen und zu beurteilen. Wir bestätigen, dass wir die Anforderung hinsichtlich Befähigung und Unabhängigkeit erfüllen.

Die Prüfung erfolgte nach den Grundsätzen des Berufsstandes, wonach eine Prüfung so zu planen und durchzuführen ist, dass wesentliche Fehlaussagen in der Jahresrechnung mit angemessener Sicherheit erkannt werden. Wir prüften die Posten und Angaben der Jahresrechnung mittels Analysen und Erhebungen auf der Basis von Stichproben. Ferner beurteilten wir die Anwendung der massgebenden Rechnungslegungsgrundsätze, die wesentlichen Bewertungsentscheide sowie die Darstellung der Jahresrechnung als Ganzes. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung ausreichende Grundlage für unser Urteil bildet.
Gemäss unserer Beurteilung entsprechen die Buchführung und die Jahresrechnung dem schweizerischen Recht sowie den Statuten. Die Rechnung schliesst mit einem Gewinn von Fr. 29'760.54, womit das Eigenkapital auf Fr. 168'511.69 steigt.

Wir empfehlen, die vorliegende Jahresrechnung unter Verdankung des uneigennützigen Einsatzes des Kassiers Gabriel Nyfeler zu genehmigen.

Chur, 14. Januar 2025
Revisionsstelle

Jürg Looser | Heini Hagmann | Reto Bernetta

Beilage
Jahresrechnung 2024 (Bilanz und Erfolgsrechnung)

3.3 Antrag Festsetzung Mitgliederbeitrag 2025

z.H. des Parteitags der SP Graubünden vom 26. April 2025

Das Präsidium der SP Graubünden beantragt dem ordentlichen Parteitag 2025 den Mitgliederbeitrag wie bisher bei 92 CHF festzusetzen und beim PAB-Reglement keine Änderungen vorzunehmen.

3.4 Orientierung Budget 2025

Budget 2025

Erfolgsrechnung

Kto-Nr.	Aufwandskonto	Budget 2025	Rechnung 2024	Budget 2024
4000	Löhne (inkl. Campaigner:in)	82'900	62'520.00	63'000.00
4020	Spesen	11'000	10'208.10	10'000.00
4050	Sozialleistungen	14'100	13'908.40	11'000.00
4100	Verwaltungsaufwand	4'000	1'758.14	5'000.00
4110	Internet-Auftritt	2'500	592.42	2'500.00
4130	Werbung	0		
4150	Büromiete inkl. Nebenkosten	7'200	7'196.15	7'200.00
4180	Diverser Aufwand	1'500	374.83	1'500.00
4200	Mitgliederbeiträge an SPS	44'000	45'711.30	43'000.00
4210	Beitrag Juso	1'000	1'000.00	1'000.00
4300	Concret	15'000	11'989.55	15'000.00
4400	Parteitage, PV, GL	8'000	5'927.05	6'000.00
4410	Anlässe	3'000	2'288.50	2'000.00
4500	Abstimmungen/Kampagnen	8'500	6'500.00	10'000.00
4530	Kantonale Wahlen			
4540*	Nationale Wahlen			
4560	Rückstellungen MuBe			
4600	Rückst. Wahlrecht/Proporz			
4620	Rückstellungen Wahlen	20'000	20'000.00	20'000.00
Total Aufwand		**222'700.00**	**189'974.44**	**197'200.00**

Kto-Nr.	Ertragskonto	Budget 2025	Rechnung 2024	Budget 2024
3200	Mitgliederbeiträge	62'000	64'244.00	60'000.00
3220	Mandatsbeiträge	55'300	49'000.20	49'000.00
3230	Parteiausgleichsbeiträge	72'000	80'210.20	68'000.00
3240	Finanzausgleich SPS	3'000	1'624.90	4'000.00
3280	Diverser Ertrag			0.00
3300	Concret Spenden	11'000	11'410.00	10'000.00
3310	Concret Inserate	650	300.00	800.00
3400	Fraktionsbeitrag Sekretariat	12'000	12'000.00	12'000.00
3500	Spenden Allgemein	800	945.68	500.00
3520	Spenden Kampagnen			
3530	Kandidaturbeiträge			
3540	Wahlbeiträge Sektionen/Org.			
3610	Auflösung Rückst. Kampagnen			
3620	Auflösung Rückst. Wahlen			
Total Ertrag		**216'750.00**	**219'734.98**	**204'300.00**
Gewinn / Verlust		**-5'950.00**	**29'760.54**	**7'100.00**

4 MANDATSBEITRAGSREGLEMENT DER SP GRAUBÜNDEN

Die aktuelle Version wurde verabschiedet vom Parteitag der SP Graubünden am 13. März 2010 in Chur und revidiert vom Parteitag der SP Graubünden am 9. April 2016 in Chur.

Art. 1 Mandatsbeitragspflicht

Gestützt auf Art. 2~~2~~6 der Statuten der SP Graubünden wird von folgenden Parteimitgliedern die Entrichtung eines Mandatsbeitrags erwartet:

- Mitglieder der Regierung;
- Mitglieder des ~~Kantons- und Verwaltungsgerichts~~ Obergerichts;
- Mitglieder des Bundesparlaments;
- ~~Mitglieder des Bankrats der Graubündner Kantonalbank.~~
- weitere Mandatsträgerinnen und Mandatsträger gem. Art. 6 dieses Reglements.

Art. 2 Mandatsabgabe Grossratsfraktion

Gestützt auf Art. 2~~2~~6 der Statuten der SP Graubünden entrichtet die Grossratsfraktion der Kantonalpartei pro Jahr eine Mandatsabgabe in Höhe von Fr. 320.- pro Kopf. Massgebend sind nur Mitglieder der SP, welche ordentliche Mitglieder des Grossen Rates sind. Die Mandatsabgabe der Grossratsfraktion wird in globo ~~der Kassierin oder dem Kassier~~ der Kantonalpartei überwiesen.

Art. 3 Beitrag Regierung

Mitglieder der Regierung entrichten einen Mandatsbeitrag von Fr. 13’000.- pro Jahr.

Art. 4 Beitrag ~~Kantons- und Verwaltungsgericht~~ Obergericht

Mitglieder des ~~Kantons- und Verwaltungsgerichts~~ Obergerichts entrichten einen Mandatsbetrag von Fr. 9000.- pro Jahr (auf 100%).

Art. 5 Beitrag Bundesparlament

Mitglieder des Bundesparlaments entrichten einen Mandatsbeitrag von Fr. 4000.- pro Jahr.

~~**Art. 6 Beitrag Bankrat GKB**~~

~~Mitglieder des Bankrats der Graubündner Kantonalbank entrichten einen Mandatsbeitrag von Fr. 8000.- pro Jahr.~~

Art. 6 (neu) weitere Mandatsträgerinnen und Mandatsträger

Die Geschäftsleitung kann weitere Mandatsträgerinnen und Mandatsträger als beitragspflichtig erklären. Voraussetzung dafür sind unter anderem ein wesentliches Einkommen durch das Mandat und eine Wahl respektive Wahlvorschlag in das entsprechende Gremium durch den Grossen Rat oder die Regierung. Der Mandatsbeitrag darf nicht mehr als 10% der Bruttoentschädigung betragen.

Art. 7 Fälligkeit

Die Mandatsbeiträge sollen für das laufende Jahr bis Ende ~~November~~ Dezember entrichtet werden. ~~Monatliche oder Quartalszahlungen sind auch möglich.~~ Ratenzahlungen sind möglich.

Art. 8 Teuerung

Wenn die Teuerung 5% übersteigt, kann die GL die im Reglement festgelegten Beiträge entsprechend anpassen. Basis sind das Jahr 2010 und der Landesindex der Konsumentenpreise.

Art. 9 Prüfung

Alle fünf Jahre überprüft die GL das Mandatsbeitragsreglement und stellt dem Parteitag bei Bedarf Antrag auf Revision des Reglements.

Art. 10 Informationspflicht

Kandidatinnen und Kandidaten sind vor ihrer Wahl von diesem Reglement durch das Sekretariat in Kenntnis zu setzen. Wird die Amtsträgerin oder der Amtsträger vom Grossen Rat oder von der Regierung gewählt, ist sie oder er, sobald als möglich, zu informieren. Alle betroffenen Mitglieder erhalten vom Sekretariat der Kantonalpartei eine Kopie dieses Reglements.

Art. 11 Inkrafttreten

Dieses Reglement tritt rückwirkend auf den 1. Januar 2010 in Kraft und ersetzt das Reglement betreffend Parteispenden von Mandatsträgern aus dem Jahr 1989. Die Revisionen des Reglements vom 9. April 2016 und vom 26. April 2025 ~~tritt~~ treten unmittelbar nach Beschluss in Kraft.

PARTEI PROGRAMM SP GRAUBÜNDEN

SP PS

PARTEIGROGRAMM SP GRAUBÜNDEN

Vorwort **1**

1. Graubünden – sozial gerecht, ökologisch, demokratisch **2**

2. Ein gutes Leben für alle – gerecht, gesund, bezahlbar **3**

Bezahlbarer Wohnraum 3

Gesundheit 4

Starker Sozialstaat 4

Gerechte Finanz- und Steuerpolitik 5

Wirtschaft für alle 5

3. Sozial gerechter Klimaschutz, nachhaltige Mobilität und Biodiversität **6**

Energie und Technologie 6

Gebäude und Raumplanung 6

Verkehr und Mobilität 7

Natur- und Ressourcenschutz 7

4. Chancengleichheit sichern, Vielfalt leben, Demokratie stärken **8**

Bildung 8

Kultur und Sprache 9

Gleichstellung, Schutz und Inklusion 9

Demokratie und Transparenz 10

5. Unsere Errungenschaften und unsere Geschichte **11**

VORWORT

Liebe Genoss:innen
Liebe Interessierte

Ihr lest das Parteiprogramm der SP Graubünden. Es soll euch vermitteln, welche Herausforderungen wir in den nächsten Jahren für unseren Kanton sehen – und wie wir sie angehen möchten. Es soll aufzeigen, für welche Ideale wir stehen und wie wir diese im politischen Alltag umsetzen.

Wir haben das Parteiprogramm unter Mitarbeit der Mitglieder erarbeitet und am Parteitag vom 26. April 2025 gemeinsam verabschiedet.

Wir möchten Graubünden sozial gerecht, ökologisch und demokratisch gestalten. Die Einleitung fasst das Parteiprogramm kurz zusammen. In den folgenden Kapiteln schildert das Programm die Ausgangslage, dann unsere Ansprüche an Graubünden. Und zuletzt: konkrete politische Vorhaben, um diese Ansprüche in die Tat umzusetzen. Im Schlusskapitel bringen wir euch unsere bisherigen Errungenschaften und unsere Geschichte näher.

Wir hoffen, dass euch die Lektüre ermöglicht, unsere Partei besser zu verstehen. Und dass sie euch in eurem Engagement für eine sozial gerechte, ökologische und demokratische Welt bestärkt.

Eure SP Graubünden

1. GRAUBÜNDEN – SOZIAL GERECHT, ÖKOLOGISCH, DEMOKRATISCH

Wir erleben eine Zeit der weltweiten Krisen. Einerseits fordern unkontrollierte Konzerne, Autokratien und unverhohlener Neofaschismus die demokratischen Gesellschaften in ihren Grundwerten heraus: Freiheit, Gleichheit und gesellschaftliche Solidarität sind überall in Gefahr. Andererseits ist die Klimakrise ungelöst, sie bedroht ganze Ökosysteme und damit die Lebensgrundlage der Menschheit.

Was ist unsere Antwort auf diese globalen Krisen? Wir engagieren uns ganz konkret, beginnend in unseren Gemeinden und Talschaften, im Kanton Graubünden. In der Partei und darüber hinaus. Und tragen dieses Engagement auf alle staatlichen und überstaatlichen Ebenen. Wir verteidigen ein demokratisches, offenes und geeintes Europa mit globaler Perspektive. Wir glauben an unsere Werte der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit. Wir leben sie im Alltag und in der Politik und stützen uns dabei auf die Erkenntnisse der Wissenschaften. Die Gestaltungsmacht liegt in unserer Hand. Unsere Antwort auf die globalen Krisen ist die Sozialdemokratie.

Graubünden ist ein Kanton voller Möglichkeiten. Die SP Graubünden will die Herausforderungen unserer Zeit entschlossen anpacken, den Kanton aktiv gestalten und neue Wege für unsere Zukunft aufzeigen. Das ist dringend nötig, gerade in einem Kanton, dessen Demografie besonders stark von Alterung und Abwanderung geprägt ist. Unsere Vision ist ein sozial gerechtes, ökologisches und demokratisches Graubünden für alle.

Sozial gerecht
Wir streben eine Gesellschaft an, in der alle Menschen – unabhängig von ihrer Herkunft, Identität oder Lebensrealität – die gleichen Chancen auf ein würdevolles Leben haben. Für die SP Graubünden heisst das: die Kaufkraft der Menschen stärken, den Service Public ausbauen und bezahlbaren Wohnraum schaffen. Privilegien für Superreiche, Diskriminierung und Sozialabbau haben in einem gerechten Graubünden keinen Platz. Stattdessen wollen wir den Wohlstand gerecht verteilen und kämpfen für eine inklusive, gerechte Gesellschaft. Eine Gesellschaft, die alle mitnimmt, ist besser gewappnet gegen Faschismus und Autokratie.

Ökologisch
Der Klimawandel ist eine der grössten Herausforderungen unserer Zeit – und Graubünden muss beim Klimaschutz eine Vorreiterrolle übernehmen. Um Klimaneutralität zu erreichen, braucht es weiterhin massive Investitionen in erneuerbare Energien und eine deutliche Steigerung der Energieeffizienz. Gleichzeitig müssen wir den öffentlichen Verkehr stärken, um die Verkehrswende voranzutreiben. Eine nachhaltige Raumplanung ist entscheidend, um unsere alpinen Landschaften zu schützen und Graubünden zukunftsfähig zu machen. Ein klimaneutraler Kanton bedeutet nicht nur aktiven Umweltschutz, sondern auch neue Arbeitsplätze und langfristige Perspektiven für kommende Generationen.

Demokratisch
Bildung ist Grundlage der Demokratie – sie kräftigt uns als Gemeinschaft und als Individuen, sie ist die wichtigste Ressource Graubündens. Unsere vielfältige Kultur und die Mehrsprachigkeit sind der gesellschaftliche Kitt, dem wir Sorge tragen müssen. Die Errungenschaften des Feminismus verteidigen wir – und wir bauen sie aus. Die Institutionen müssen ein Abbild der Gesellschaft sein. Die SP Graubünden setzt sich deshalb für eine noch stärkere Demokratisierung des Kantons ein. Mit weniger, dafür leistungsfähigeren Gemeinden. Mit grösseren Regionen als Wahlkreisen. Wir fordern einen gezielten Ausbau der Volksrechte – durch die Einführung des Stimmrechts für Niedergelassene und die Demokratisierung der Wirtschaft.

2. EIN GUTES LEBEN FÜR ALLE – GERECHT, GESUND, BEZAHLBAR

Die Ausgangslage: Die Schweiz und Graubünden haben über die letzten Jahre erlebt, wie die breite Bevölkerung an Kaufkraft verliert. Vor allem steigende Wohnkosten machen uns das Leben schwer. Das Gesundheitswesen wird immer teurer, und zugleich ist die Versorgung in den Talschaften in Frage gestellt. Unser relativer Wohlstand darf nicht darüber hinwegtäuschen, wie viele Menschen armutsgefährdet sind und wie ungerecht dieser Wohlstand verteilt ist.

Unser Anspruch: Die soziale Grundversorgung muss garantieren, dass alle Menschen die notwendigen Ressourcen für ein würdevolles Leben erhalten. Gerade in Zeiten sozialer und wirtschaftlicher Krisen ist es entscheidend, solidarische Strukturen zu stärken und die Kaufkraft zu erhöhen. Insbesondere braucht es dringend Massnahmen, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen – durch eine aktive Bodenpolitik, die Förderung von bezahlbarem Wohnraum und den Schutz von Erstwohnraum.

Ein lebenswerter Kanton braucht ein leistungsfähiges und menschennahes Gesundheitswesen in allen Regionen. Ein starkes Gesundheitswesen wiederum lebt von attraktiven Arbeitsbedingungen in den Gesundheitsberufen.

Für einen zukunftsfähigen, gerechten und lebenswerten Kanton brauchen wir in allen Branchen mehr sichere Arbeitsplätze mit fairen Löhnen. Wir brauchen eine starke öffentliche Hand, die durch eine gerechte Steuerpolitik handlungsfähig bleibt.

Unsere Politik:

BEZAHLBARER WOHNRAUM

1. **Kantonaler Wohnraumfonds:** Wir müssen bezahlbaren Erstwohnraum langfristig sichern und dazu gemeinnützige Wohnbauträgerschaften fördern. Zu deren Unterstützung braucht es einen kantonalen Wohnraumfonds, den der Kanton anfänglich mit mindestens 100 Millionen Franken füllt und nachhaltig speist.

2. **Schutz von Erstwohnungen:** Die Umnutzung altrechtlicher Wohnungen von Erst- in Zweitwohnungen schreitet ungebremst voran. Der Kanton muss Massnahmen ergreifen, um den Verlust von bezahlbarem Wohnraum für die Bündner Bevölkerung zu stoppen. Unsere Dorfzentren dürfen nicht weiter aussterben.

3. **Land für Erstwohnungen:** Kanton und Gemeinden müssen die Verfügbarkeit von Bauland für Einheimische sichern. Dazu müssen sie Zonen für Erstwohnraum ausscheiden. Zudem braucht es eine gemeinsame Offensive für Bodenerwerb durch Kanton und Gemeinden.

GESUNDHEIT

1. **Starke Gesundheitsversorgungsregionen:** Wir wollen die Gesundheitsversorgungsregionen weiterentwickeln. Das oberste Ziel ist die Gewährleistung der dezentralen Grundversorgung und deren langfristige Finanzierung. In den Regionen soll das gesamte Angebot “von der Wiege bis zur Bahre” aus einer Hand stammen: Spital, Spitex, Alters- und Pflegeheime, Elternberatung, Case Management usw.

2. **Case-Management:** Graubünden braucht ein flächendeckendes Case-Management, um Menschen durch das Gesundheitssystem zu begleiten und die Versorgung an ihre spezifischen Bedürfnisse anzupassen. Durch diese koordinierte Versorgung und vernetzte Gesundheits- und Sozialdienste sichern wir eine lückenlose, effiziente und bedarfsgerechte Unterstützung.

3. **Psychische Gesundheit:** Der Kanton soll den dezentralen Zugang zu Therapieplätzen und Präventionsangeboten ausbauen und niederschwellige Anlaufstellen schaffen. Das verkürzt Wartezeiten.

4. **Patient:innen und Angehörige stärken:** Care-Arbeit ist eine wichtige Stütze unseres Gesundheitssystems. Zur besseren Anerkennung von Care-Arbeit braucht es finanzielle Entschädigung und Entlastungsangebote für pflegende und betreuende Angehörige.

5. **Innovation und Prävention:** Neue Ansätze, wie Telemedizin, Walk-in-Soforthilfepraxen und mobile interprofessionelle Teams oder die Anerkennung neuer Ausbildungen, wollen wir fördern. Der Kanton und die Gemeinden müssen altersgruppenspezifische Präventionsprogramme und Massnahmen zur Gesundheitsförderung vorantreiben, um physischen und psychischen Krankheiten vorzubeugen.

6. **Attraktive Gesundheitsberufe:** Der Kanton muss die Aus- und Weiterbildung in allen Gesundheitsberufen stärken. Kanton und Gemeinden als Träger der Institutionen sollen diese unterstützen bei der Gewährleistung von attraktiven Arbeitsbedingungen. Zusätzlich braucht es eine stärkere Sozialpartnerschaft mit Gesamtarbeitsverträgen auch im Gesundheitswesen.

STARKER SOZIALSTAAT

1. **Armut bekämpfen:** Wir fordern, dass der Kanton fundierte Daten zur Armut erhebt. Er muss Massnahmen ergreifen, um Armut früh zu erkennen und sie präventiv zu verhindern – insbesondere zugunsten von Kindern und Jugendlichen, alleinerziehenden Müttern und älteren Menschen.

2. **Familien stärken:** Familie muss Chance statt Risiko sein. Wir fordern eine deutliche Erhöhung der Kinderzulagen, Ergänzungsleistungen für Familien sowie bezahlbare und einfach zugängliche Kinderbetreuungsplätze. Ausserdem braucht es genügend Beratungs- und Unterstützungsangebote.

3. **Entwicklungsmöglichkeiten für alle:** Weiterbildungs- und Umschulungsangebote müssen bezahlbar sein. Um ein selbstbestimmtes Leben zu fördern, braucht es noch mehr individualisierte Programme zur Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt.

4. **Stipendienwesen ausbauen:** Wir fordern eine markante Erhöhung der Stipendien. Schaffen wir bei Stipendienzahlungen die Altersgrenze und die Mindestaufenthaltsdauer für neu Zugezogene ab.

5. **Migration als Chance:** Angesichts der demografischen Entwicklung (niedrige Geburtenrate, Abwanderung und Alterung) ist Graubünden auf Zuwanderung angewiesen. Damit den Schulen nicht die Kinder ausgehen, die Dörfer lebendig bleiben und genügend Arbeitskräfte vorhanden sind, ist Zuwanderung zu fördern und nicht zu behindern.

6. **Menschliches Asylwesen:** Die Bedingungen im Asylwesen müssen deutlich verbessert werden. Es sind genügend Unterbringungsmöglichkeiten an zugänglichen Standorten zu schaffen, die den Bedürfnissen der Menschen (z. B. Familien mit Kindern oder unbegleiteten Minderjährigen) gerecht werden. Ausserdem ist die Nothilfe für abgewiesene Asylsuchende zu erhöhen.

7. **Wege aus der Sucht:** Wir fordern präventive, aufsuchende, therapeutische und schadensmindernde Massnahmen im Suchtbereich. Dazu gehören spezifische Nacht- und Tagesstrukturen, ein bedingungsloses Wohnangebot sowie Möglichkeiten für den geschützten Konsum.

8. **Wirksame Alterspolitik:** Graubünden ist vom demografischen Wandel durch die gesteigerte Lebenserwartung der Wohnbevölkerung, den Zuzug von Pensionierten und die starke Abwanderung von Erwerbstätigen besonders stark betroffen. Es braucht deshalb im ganzen Kanton differenzierte Wohn- und Betreuungsangebote für ältere Menschen. Es braucht eine integrierte Versorgung, spezialisierte Beratungsstellen und einen vereinfachten sowie gesicherten Zugang zu Ergänzungsleistungen.

GERECHTE FINANZ- UND STEUERPOLITIK

1. **Investitionsoffensive**: Der Kanton Graubünden fährt seit Jahren grosse Überschüsse ein und budgetiert gleichzeitig zu konservativ. Die SP fordert eine massive Erhöhung der Investitionen in bezahlbaren Wohnraum, in Bildung und Weiterbildung, in Innovation, Klimaschutz und in die dezentrale Gesundheitsversorgung.

2. **Steuerpolitik für alle statt für wenige**: In den vergangenen Jahren haben der Steuerwettbewerb und damit Steuersenkungen für grössere Unternehmen und die Reichsten die Bündner Politik geprägt. Die SP fordert Steuerentlastungen für tiefe und mittlere Einkommen über die Erhöhung des Steuerfreibetrages. Zur gerechten Besteuerung des Grosskapitals befürworten wir die Erhöhung der Erbschaftssteuer, der Kapital- und Vermögenssteuer, der Liegenschaftssteuer und die Erhöhung der Steuern für Grossunternehmen.

WIRTSCHAFT FÜR ALLE

1. **Kantonaler Mindestlohn**: Der Kanton Graubünden soll flächendeckend Mindestlöhne einführen und Massnahmen für mehr Lohngleichheit ergreifen. Zu fairen Arbeitsbedingungen gehören auch der Teuerungsausgleich und die Anhebung der mittleren und tiefen Löhne.

2. **Demokratisierung**: Zur Durchsetzung sozialer Gerechtigkeit und einer nachhaltigen und gerechten Verteilung von Wohlstand ist die Demokratisierung der Wirtschaft voranzutreiben. Dazu soll der Kanton alternative Unternehmensmodelle wie Genossenschaften fördern, sich an Infrastrukturprojekten oder wichtigen Unternehmensgründungen beteiligen. Er soll die Einführung von Mitbestimmungsrechten in Unternehmen, etwa durch Betriebsräte oder Mitarbeitendenversammlungen, begünstigen.

3. **Nachhaltige Wirtschafts- und Tourismusförderung**: Wirtschaftsförderung muss an klare Vorgaben geknüpft werden. Graubünden soll ökologisch und sozial nachhaltige Arbeitsplätze, Branchen und Innovationen stärken. Grosses Potential liegt dabei beim Umbau zum nachhaltigen Ganzjahrestourismus.

4. **Zukunftsfähige Landwirtschaft**: Zu einer gesunden Volkswirtschaft gehört eine nachhaltige Landwirtschaft. Wir unterstützen sie auf dem Weg zur Klimaneutralität. Dafür soll sich der Plantahof zu einem Zentrum für klimaneutrale, biologische Landwirtschaft entwickeln und ein Modellprojekt für den gesamten Alpenraum sein.

3. SOZIAL GERECHTER KLIMASCHUTZ, NACHHALTIGE MOBILITÄT UND BIODIVERSITÄT

Die Ausgangslage: Die Klimakrise ist die grösste Bedrohung unserer Zeit. Der Kanton Graubünden ist mit seiner alpinen Landschaft besonders stark betroffen. So stellen uns der drastische Gletscherschwund, tauender Permafrost, die Zerstörung wichtiger Biosphären und heftige Unwetter vor grosse Herausforderungen. Noch stehen unsere Mobilität und die Art, wie wir bauen, zu stark im Konflikt mit der Natur.

Unser Anspruch: Zur Sicherung unserer Lebensgrundlagen führt kein Weg an der baldigen Erreichung der Klimaneutralität vorbei. Unser Ziel ist, Graubünden bis 2040 klimaneutral zu machen. Der Kampf gegen die Klimakrise ist dabei nicht nur eine ökologische Verpflichtung, sondern auch eine Chance. Diese wollen wir packen mit dem von uns aufgegleisten Green Deal für Graubünden. Graubünden kann eine Pionierrolle einnehmen durch die Förderung nachhaltiger und zugleich landschaftsschonender Energieproduktion. Dadurch werden wir unabhängiger von autokratischen Regimen. Der Erhalt unserer Ökosysteme ist alternativlos.

Klimaschutz muss dabei immer sozial gerecht sein. Wir schaffen die Energiewende nur, wenn sie für alle finanzierbar ist. Wir brauchen daher massive öffentliche Investitionen insbesondere in den Ausbau erneuerbarer Energien, den öffentlichen Verkehr und klimafreundliches Bauen.

Unsere Politik:

ENERGIE UND TECHNOLOGIE

1. **Solaroffensive**: Alle geeigneten Dächer und Infrastrukturen sollen mit Solaranlagen ausgestattet werden. Wir unterstützen den Bau alpiner Grossflächenanlagen, wo diese in bereits stark genutzten und gut erschlossenen Gebieten umgesetzt werden können.

2. **Bündner Wasserkraft**: Wir wollen eine nachhaltige Nutzung der Wasserkraft, ohne unberührte Fliessgewässer zu gefährden. Die Heimfall-Strategie muss dafür sorgen, dass die Gewinne im Kanton verbleiben und der Besitz der Anlagen in der öffentlichen Hand liegt.

3. **Windkraft stärken**: Graubünden soll gezielt auf grosse Windanlagen in der Nähe von Siedlungsgebieten setzen. Dabei muss sichergestellt werden, dass die Gemeinden an den Gewinnen beteiligt werden und die Bevölkerung nicht übermässig von Lärmemissionen betroffen ist.

4. **Innovation vorantreiben**: Mit Investitionen in die Erforschung und Entwicklung innovativer Speichersysteme kann überschüssige Energie aus den Sommermonaten genutzt werden, um auch im Winter nachhaltige und eigenproduzierte Energie bereitzustellen. Weiter müssen Projekte zur CO_2-Entfernung und dauerhaften Speicherung gefördert werden.

GEBÄUDE UND RAUMPLANUNG

1. **Ausstieg aus fossilen Heizungen**: Bis 2040 wollen wir fossile Heizungen durch klimafreundliche Systeme ersetzen, dazu müssen wir insbesondere den Ausbau von Nahwärmenetzen fördern.

2. **Klimafreundliches Bauen**: Sanierungsmassnahmen zur besseren Dämmung von Gebäudehüllen müssen vorangetrieben; nachhaltige Baupraktiken gefordert und gefördert werden. Insbesondere soll der Kanton das Bauen im Bestand fördern und den Abrisswahn stoppen.

3. **Effiziente und umweltschonende Raumplanung**: Siedlungsentwicklung, Energieversorgung und Verkehrsplanung müssen unter klaren Zielvorgaben besser aufeinander abgestimmt und geplant werden.

VERKEHR UND MOBILITÄT

1. **ÖV für alle:** Wir wollen den öffentlichen Verkehr im ganzen Kanton ausbauen und zugänglich machen – mit dichten Fahrplänen, On-Demand-Lösungen und attraktiven Preisen, besonders für Jugendliche. Vergünstigungen oder Gepäcktransporte durch den öffentlichen Verkehr sollen ein Anreiz für die autofreie Anreise von Tourist:innen sein.

2. **Güterverkehr auf der Schiene**: Beinahe der ganze Kanton Graubünden ist per Bahn erschlossen. Wir fordern daher eine stärkere Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene, um die Strassen zu entlasten und Emissionen zu senken.

3. **Blechlawinen stoppen**: Der Kanton Graubünden soll Massnahmen ergreifen zur Begrenzung des Ferienverkehrs auf den Hauptverkehrsachsen, um Staus und Ausweichverkehr besonders zu Spitzenzeiten zu vermeiden.

4. **Nachhaltiger Langsamverkehr**: Zur Förderung klimafreundlicher Freizeitmobilität braucht es einen Ausbau und die Vernetzung der Rad- und Wanderwege.

5. **Lebenswerte Siedlungen**: Der Kanton soll Anreize schaffen für autofreie Siedlungen und die Reduktion von Pflichtparkplätzen in Städten und dicht besiedelten Gebieten. Graubünden braucht eine Lärmsanierungsoffensive an Haupt- und Kantonsstrassen, um die Lebensqualität im Kanton zu erhöhen und Lebensräume zu schützen.

6. **Klimaneutraler Verkehr und E-Mobilität**: Um fit für die Zukunft zu sein, braucht es eine Verdichtung der Infrastrukturanlagen für die E-Mobilität und die Förderung von Car-Sharing-Angeboten.

NATUR- UND RESSOURCENSCHUTZ

1. **Biodiversität stärken**: Die Umsetzung der Biodiversitätsstrategie und die Revitalisierung von Biotopen, wie beispielsweise Mooren, sollen die Artenvielfalt in Graubünden sichern und zur CO_2-Reduktion beitragen. Der Einsatz von Pestiziden muss drastisch reduziert und durch ökologische Alternativen ersetzt werden.

2. **Landschaftsschutz**: Unsere unverbaute Landschaft ist eine Ressource – ökologisch und touristisch. Unnötige Eingriffe in die Landschaft sind zu vermeiden. Ungebremstes Bauen und Ausbauen ausserhalb der Bauzonen bekämpfen wir.

3. **Naturpärke ausbauen**: Naturpärke bieten Schutz und Erholungsraum gleichermassen. Sie müssen nachhaltig weiterentwickelt und als touristische wie auch ökologische Projekte gefördert werden.

4. **Integrales Wassermanagement**: Die Entwicklung regionaler Wassermanagementkonzepte sichert langfristig die Wasserressourcen des Kantons und schützt vor den Folgen des Klimawandels.

5. **Klimafitte Wälder**: Unsere Wälder müssen auf den Klimawandel vorbereitet werden, durch nachhaltige Forstwirtschaft, Schutz vor Wildschäden und gezielte Aufforstung.

6. **Koexistenz mit Grossraubtieren**: Grossraubtiere wie Wölfe und Luchse sind ein wichtiger Teil unserer Ökosysteme und tragen zur Regulierung von Wildbeständen bei. Ihr Schutz und eine Koexistenz mit der Berglandwirtschaft müssen durch sinnvolle Massnahmen gewährleistet werden.

4. CHANCENGLEICHHEIT SICHERN, VIELFALT LEBEN, DEMOKRATIE STÄRKEN

Ausgangslage: Bildung und Kultur sind unter Rentabilitätsdruck und müssen ständig gegen Abbaupläne verteidigt werden. Die Vielseitigkeit und Vielsprachigkeit Graubündens wird zu oft als Last und nicht als Stärke verstanden. Ein konservativer Umschwung stellt feministische Errungenschaften in Frage. Insgesamt gefährden Desinformation, Ignoranz, Hass und Vorurteile die Demokratie und den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Unser Anspruch: Bildung ist unsere wichtigste Ressource. Die Sozialdemokratie setzt sich für die öffentliche Volksschule ein, die eine Inklusion aller Kinder gewährleistet. Im Zentrum der Bildungspolitik muss die Qualität und Chancengleichheit stehen. Graubünden soll zudem ein attraktiver Hochschulstandort sein.

Kulturelle und sprachliche Vielfalt machen Graubünden einzigartig. Ein breites kulturelles Angebot muss in allen Regionen und für alle Interessierten zugänglich sein, dafür brauchen die Kulturschaffenden finanziellen Spielraum und soziale Absicherung. Die Mehrsprachigkeit leben wir täglich und stärken sie in der Schule sowie in unseren Institutionen.

Eine gerechte und solidarische Gesellschaft muss offen und frei von Hass sein. Wir wehren uns gegen jede Diskriminierung und engagieren uns für mehr Gleichstellung – jeden Rückschritt bekämpfen wir.

Wir müssen die Demokratie gesamthaft stärken. Graubünden muss seine Institutionen pflegen und den Zugang zur Mitbestimmung so einfach wie möglich gestalten. Nur eine gut informierte Bevölkerung hat die nötigen Voraussetzungen für demokratische Entscheide.

Unsere Politik:

Bildung

1. **Volksschule für alle**: Die öffentliche Volksschule muss die Beste aller Schulen sein, nur so können wir den Privatisierungstendenzen im Bildungsbereich entgegentreten. Hierzu braucht es die notwendigen personellen sowie finanziellen Ressourcen. Die SP Graubünden unterstützt die inklusive Schule und setzt sich insbesondere für den Ausbau von Tagesstrukturen und Schulsozialarbeit ein.

2. **Schule als attraktiver Arbeitsplatz**: Um die Qualität in der Volksschule zu gewährleisten, müssen einheitliche und gute Anstellungsbedingungen für Lehrpersonen und attraktive Löhne für den ganzen Kanton gelten.

3. **Frühe Förderung**: Die Basis einer gelingenden Entwicklung von Kindern wird in der frühen Kindheit gelegt. Alle Kinder im Vorschulalter, ihre Eltern und Bezugspersonen brauchen Zugang zu bedarfsgerechten Angeboten der Frühen Förderung (Kitas, Sprachförderung, Spielplätze, Elternberatung, Therapieangebote, usw.).

4. **Starke Berufsbildung:** Graubünden braucht eine hochwertige Berufsbildung für alle, mit starken Berufsschulen und mit genügend Lehrbetrieben. Der Kanton muss die duale Bildung fördern und sicherstellen, dass Lernende bestmöglich ausgebildet und gerecht entlohnt werden.

5. **Sprachenvielfalt**: Als einziger dreisprachiger Kanton der Schweiz ist Graubünden mit besonderen Herausforderungen im Schulsystem konfrontiert. Angesichts der prekären Situation des Rätoromanischen steht die Gewährleistung des rätoromanischen Unterrichts bis zur Maturität im Vordergrund. Der Kanton muss die Lehrmittel in allen Kantonssprachen anbieten können. Weiter ist das Modell des zweisprachigen Unterrichts (deutsch/romanisch; deutsch/italienisch) in Deutschbünden punktuell auszuweiten.

6. **Medienkompetenz und politische Bildung**: Die SP Graubünden fordert einen stärkeren Fokus auf die Vermittlung von Medienkompetenzen und die politische Bildung. Der Zusammenhalt in unserer Gesellschaft und der Schutz, aber auch die Förderung der Selbstständigkeit und Entscheidungsfähigkeit der Kinder müssen vermehrt in den Fokus rücken.

7. **Attraktiver Hochschulstandort**: Die Lehre und Forschung an den Bündner Hochschulen müssen der Zukunft der Bündner Gesellschaft dienen. Innovative Projekte im Bereich der Nachhaltigkeit sind zu priorisieren.

KULTUR UND SPRACHE

1. **Mehrsprachigkeit als gelebte Realität:** Die Kantonssprachen sollen auf allen institutionellen Ebenen gleichberechtigt behandelt werden. Ob in der Verwaltung oder in vom Kanton geförderten Bereichen – die Sichtbarkeit und Gleichbehandlung der Kantonssprachen sind ein zentraler kultureller Wert Graubündens. Ein aktiver Austausch zwischen den Sprachgemeinschaften ist essenziell, um die gelebte Dreisprachigkeit im Kanton zu erhalten und zu stärken.

2. **Starke Kulturförderung und soziale Sicherheit für Kulturschaffende:** Der Kanton muss seine Kulturförderung konsequent ausbauen und Kulturschaffenden finanzielle sowie soziale Sicherheit bieten.

3. **Kulturelle Teilhabe in allen Sprachregionen sichern:** Kultur muss für alle zugänglich sein. Der Kanton soll Kulturschaffende in allen Sprachregionen fördern und sicherstellen, dass Kulturschaffen und Kulturkonsum nicht von Privilegien abhängen.

4. **Historische Verantwortung übernehmen:** Graubünden muss sich aktiv gegen Nationalismus und Autoritarismus stellen. Dazu gehört auch eine kritische Aufarbeitung der eigenen Geschichte, beispielsweise der Rolle des Kantons während der NS-Zeit oder seiner Rolle im Umgang mit marginalisierten Personengruppen.

GLEICHSTELLUNG, SCHUTZ UND INKLUSION

1. **Gleichstellung und Lohngerechtigkeit:** Gleiche Arbeit muss gleich bezahlt werden. Wir fordern die konsequente Umsetzung der Lohntransparenzpflicht und des Aktionsplans „egual21“ sowie bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch den Ausbau von Kinderbetreuung und flexiblen Arbeitsmodellen.

2. **Schutz vor Gewalt, Hass und Diskriminierung**: Der Kanton muss alle Menschen vor Gewalt und Diskriminierung schützen. Dazu gehören der Ausbau von niederschwelligen Beratungs- und Schutzangeboten, die Erfassung und Bekämpfung von Hassverbrechen sowie gezielte Massnahmen gegen häusliche Gewalt und Menschenhandel.

3. **Inklusion und gesellschaftliche Teilhabe:** Graubünden muss für alle lebenswert sein. Wir fordern vollständige Barrierefreiheit im öffentlichen Raum, gleichberechtigten Zugang zu Bildung und Arbeit sowie Projekte zur Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

DEMOKRATIE UND TRANSPARENZ

1. **Demokratie stärken:** Die SP Graubünden fordert die Einführung des Stimm- und Wahlrechts für Niedergelassene sowie das Stimmrechtsalter 16. Zudem sollen grössere Regionen als Wahlsprengel für die Wahl des Grossen Rates dienen.

2. **Transparenz**: Der Kanton Graubünden soll eine Gesetzgebung für mehr Transparenz bei der Parteien-, Wahl- und Abstimmungsfinanzierung einführen. Zudem soll das Öffentlichkeitsprinzip für amtliche Dokumente endlich auf alle Gemeinden ausgeweitet werden.

3. **Starke Gemeinden und Regionen**: Graubünden braucht mehr Partizipation und Professionalität. Die Zahl der Regionen und Gemeinden ist unter Berücksichtigung der topografischen, sprachlichen und kulturellen Gegebenheiten zu überprüfen. Die SP fordert weiterhin eine Reduktion auf maximal 50 Gemeinden. Die Kluft zwischen finanzstarken und finanzschwachen Gemeinden muss kleiner werden.

4. **Modernes Bürger:innenrecht**: Graubünden muss die Einbürgerung deutlich erleichtern. Die Hürden sind zu hoch. Die vorgeschriebene Wohnsitzdauer muss verkürzt werden, die Einbürgerung unabhängig vom Bezug von Sozialhilfeleistungen und gebührenfrei für junge Menschen sein. Wir fordern eine transparente und einladende Einbürgerungspraxis.

5. **Medienvielfalt:** Eine funktionierende Demokratie braucht eine vielfältige und unabhängige Medienlandschaft, die alle Sprachgruppen repräsentiert und eine informierte Bevölkerung sicherstellt. Der Kanton Graubüden muss eine Lösung finden, um bestehende Medien zu unterstützen und Rahmenbedingungen für mehr Medienvielfalt schaffen.

6. **Europäischer Zusammenhalt:** Graubünden als Grenzkanton profitiert enorm von einem starken, demokratischen Europa. Wir setzen uns auf nationaler Ebene für ein gutes institutionelles Verhältnis zur Europäischen Union ein und pflegen freundschaftliche Kontakte zu unseren Nachbarregionen und setzen uns für eine konstruktive Zusammenarbeit ein.

7. **Digitalisierung vorantreiben**: Die Digitalisierung muss auf allen Staatsebenen vorangetrieben und koordiniert werden. Sie soll dazu dienen, staatliche Dienstleistungen einfacher in Anspruch nehmen zu können. Dabei darf niemand zurückgelassen werden.

8. **Zugänglichkeit**: Eine unabhängige kantonale Ombudsstelle soll als Anlaufstelle für Konflikte zwischen Privatpersonen/Organisationen und Behörden dienen. Das stärkt das Vertrauen in die Institutionen.

9. **Repräsentation**: Graubünden muss für eine repräsentative Vertretung in Politik, Verwaltung und staatsnahen Betrieben sorgen. Wir fordern darum die konsequente Umsetzung des Aktionsplans „egual21“ und des „Manifest GR3“.

5. UNSERE ERRUNGENSCHAFTEN UND UNSERE GESCHICHTE

Unser Parteiprogramm zeigt auf, wohin wir Graubünden in den nächsten Jahren bewegen wollen. Es zeigt auf, wie wir uns gegen Klimakrise und Antidemokrat:innen zur Wehr setzen. Es soll kein Papiertiger bleiben, seine Forderungen sollen zu konkretem Fortschritt werden. Denn die letzten Jahre haben gezeigt: Wenn wir uns einsetzen, verändern wir Graubünden zum Guten.

Dank uns hat Graubünden eine im schweizweiten Vergleich vorbildliche Prämienverbilligung. Dank uns hat Graubünden auf die kostspieligen Olympia-Abenteuer mit korrupten Verbänden verzichtet. Dank uns gibt es in Graubünden ein Öffentlichkeitsgesetz. Dank uns hat Graubünden einen Green Deal, der schon viele Investitionen in einen nachhaltigen Gebäudepark ausgelöst hat. Dank uns hat Graubünden einen Digitalisierungsfonds, der den Kanton fit für die Zukunft macht. Dank uns hat Graubünden endlich ein Proporzwahlsystem. Dank uns kann man das Geschehen im Parlament auch per Livestream und mit Übersetzung verfolgen. Dank uns hat Graubünden Kinderbetreuung in allen Talschaften. Dank uns hat Graubünden ein markant höheres Kulturbudget.

Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz wurde 1888 gegründet, und seit 1906 sind wir in Graubünden tätig. Im Landesstreik und als Teil der internationalen Arbeiterbewegung haben wir gemeinsam mit Gewerkschaften zentrale Errungenschaften erkämpft: bessere Arbeitsrechte, faire Löhne und den Aufbau des Sozialstaats. Wir haben uns nicht den Mund verbieten lassen, während unsere Nachbarstaaten unter faschistischer Diktatur standen. Wir haben den gesellschaftlichen Wandel von 1968 im Kanton mitgeprägt und ökologischen und feministischen Fortschritt errungen. Wir haben für die Einführung des Frauenstimmrechts und über hundert Jahre lang für ein gerechtes Wahlsystem in unserem Kanton gekämpft.
Unsere Geschichte lehrt uns: Gemeinsam überwinden wir Hürden, gemeinsam gestalten wir Graubünden, gemeinsam trotzen wir der Autokratie und der Ignoranz. Unsere Antwort auf die Krisen dieser Welt ist die Sozialdemokratie.

JETZT MITGLIED WERDEN

7 NOMINIERUNG REGIERUNGSSRAT

Antrag für die Regierungsratswahlen 2026

z.H. des Parteitags der SP Graubünden vom 26. April 2025

Die Geschäftsleitung der SP Graubünden beantragt dem Parteitag, Peter Peyer als Kandidaten für die Regierungsratswahlen 2026 zu nominieren.

Zudem ersucht die Geschäftsleitung den Parteitag, den Wahlausschuss mit der Prüfung einer möglichen zweiten Kandidatur sowie der Führung von Gesprächen mit potenziellen Kandidatinnen zu beauftragen. Diese Prüfung soll bis zum Nominierungsparteitag im November abgeschlossen sein.